

# Ein Himmelbett für den Vierbeiner

Maja Prinzessin von Hohenzollern wirbt in Shanghai und Zeiningen für ihre Kollektion «für tierische Prinzessinnen»

Von Dina Sambar

**Zeiningen.** Hinter den zarten Gardinen des babyrosa Himmelbettes können «Prinzessinnen ihren Schönheitsschlaf halten». Die erwähnten Prinzessinnen sind nicht etwa kleine Mädchen, sondern Hündinnen und Katzen. Für diese gibt es auch rosa glänzende Wintermäntelchen oder «super schicke Pull-over» mit denen, laut Werbetext, «jede Hundepinzessin garantiert neidisch angeklafft» wird. Passend zu diesem Lifestyle findet man schmiedeeiserne Canapés, Thronsessel, Kuschelschloss-Kratzbäume, Spielzeug und Näpfe. Ist der Vierbeiner keine Prinzessin, sondern ein Prinz, sind die Metallbettchen und Kuschelhöhlen silbergrau gestreift – ebenfalls mit aufgestickten Krönchen. Die Produkte haben laut der Pressemitteilung der Firma Trixie sogar eine Botschaft: «Jeder soll sein Tier bestmöglich, also wie ein Prinz oder eine Prinzessin behandeln.»

Designt wurde die «Tier-Lifestyle-Kollektion» von jemandem, der weiss, wie sich Hochadel fühlt: von der Prinzessin von Hohenzollern. In den nächsten Tagen wird sie das Fricktal besuchen, um in Zeiningen für ihre vegane Kollektion für «tierische Prinzen und Prinzessinnen» zu werben.

Die Prinzessin wird dort die Fachhändler-Messe des Familienunternehmens Alfauna besuchen. Erklärtes Ziel von Alfauna ist es, auserlesene Produkte für Heimtiere anzubieten, die den



**Rosarote Hilfe.** Ein Teil des Verkaufserlöses der Kollektion fliesst in den Tierschutz im In- und Ausland.

Bedürfnissen der Tiere auch wirklich entsprechen.

Doch wollen Tiere tatsächlich in rosa Bettchen liegen und in glänzenden Taschen transportiert werden? «Wir verkaufen die Artikel sehr gut», sagt Claudia Meier von Alfauna. Das Design

komme vor allem bei den Besitzerinnen gut an: «Aber noch wichtiger: Die Tiere fühlen sich mit den Produkten wohl.»

#### Einsatz für Kind und Tier

«Als ich die Kollektion zum ersten Mal gesehen habe, dachte ich: «Hilfe

rosarot, bitte nicht.» Doch sie habe ihre Meinung geändert. Die Verarbeitung der Kollektion sei hervorragend und auch artgerecht. «Wir haben die Produkte mit unserem Hund getestet. Sie sind durchdacht und tiergerecht.» Überzeugt hat sie jedoch, dass hinter

der Kollektion ein guter Zweck steht – ein Teil des Verkaufserlöses fliesst in Tierschutzprojekte im In- und Ausland.

«Dem Tier ist es wahrscheinlich egal, ob sein Bett eines Prinzen würdig ist. Doch hinter den Produkten steht so viel Gutes, dass ich begeistert bin», sagt Meier. Sie hat die Prinzessin, die selber mit 13 geretteten Strassenhunden und fünf Katzen zusammenlebt, an einer Messe persönlich kennengelernt und bewundert ihr unermüdetes Engagement: «Ich war mit ihr einen Tag unterwegs. Rosarot hin oder her, diese Frau hat Power und verbringt, um Tieren zu helfen, auch ungeschminkt Nächte in diversen Tierstationen, beispielsweise in Rumänien oder in der Ukraine.»

An der besagten Messe habe die Prinzessin schlimme Bilder von gequälten und verwehrten Tieren gezeigt. Dabei habe sie an die Händler aus verschiedenen Ländern appelliert, mitzuhelfen, die Bevölkerung wachzurütteln und sich für einen respektvollen und emphatischen Umgang mit Tieren starkzumachen. Mit demselben Engagement setze sich die Prinzessin übrigens auch für Kinder ein. «Dank ihrem Status und ihren Beziehungen kann sie sehr viel mehr bewirken als wir Normalsterblichen, und das tut sie mit unermüdetlicher Energie», sagt Meier, die stolz auf den Besuch der Prinzessin ist: «Eben noch war sie in Shanghai und wurde mit dem Asia Design Award für ihre Kollektion ausgezeichnet und nun kommt sie nach Zeiningen.»

# Ein harter Brocken für die kleinen Gemeinden

Der Landrat berät heute den neuen Finanzausgleich – und dürfte sich an die Vorgaben der Regierung halten

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Seit rund einem Jahr ist der neue Finanzausgleich unter den Gemeinden eines der bestimmenden Themen im Kanton Baselland. Und zwar deshalb, weil er möglicherweise die heutige Struktur des Kantons mit 86 Gemeinden verändern könnte. Vorgesehen ist, dass die grossen Gemeinden wie Reinach oder Allschwil markant entlastet werden. Das aber geht zwingend auf Kosten der «ärmeren» Kleingemeinden im Oberbaselbiet, weil die Revision für den Kanton kostenneutral erfolgen soll. Für die Nehmergemeinden wird somit künftig erheblich weniger Geld zur Verfügung stehen; man rechnet zurzeit mit einer Einbusse von zehn Millionen Franken. Eine Erhöhung der Gemeindesteuern wird daher da und dort unausweichlich. Dennoch wird der Landrat, wenn er heute das neue Finanzausgleichsgesetz berät, kaum namhafte Veränderungen an den regierungsrätlichen Vorschlägen vornehmen.

Mit neun zu einer Stimme hat die vorberatende Finanzkommission die Vorlage gutgeheissen und mit acht zu

null – bei drei Enthaltungen – die Gemeindeinitiative, welche die Revision angestossen hatte, zur Ablehnung empfohlen. Erstaunlich klare Stimmverhältnisse angesichts einer Materie, die erheblichen politischen Zündstoff enthält. Die breite Zustimmung erfolgte jedoch nicht ganz ohne Grund: Zum einen war der regierungsrätliche Vorschlag von Anfang an breit abgestützt. Er wurde in einer Konsultativkommission erarbeitet, in der alle interessierten Kreise vertreten waren. Und zum andern hat sich im Kanton die Einsicht durchgesetzt, dass die grossen Gebergemeinden auch im Interesse der Nehmergemeinden entlastet werden müssen.

#### Zusatzbeiträge abschaffen

Im Vordergrund der Revision steht das Anliegen der grössten Gebergemeinden, die Zusatzbeiträge zugunsten der 36 finanzschwächsten in der Höhe von jeweils maximal 200 000 Franken abzuschaffen. Diese stehen schon längere Zeit in der Kritik, weil sie zu einer Verzerrung des Systems führen und bei finanzschwachen Gemeinden den

Anreiz, die eigene Finanzkraft zu stärken, lähmen. Allerdings sollen sie nicht einfach ersatzlos gestrichen werden. Die 58 Gemeinden, die unter dem neuen Regime schlechter fahren, sollen in den Genuss von Übergangsbeiträgen kommen. Diese sinken aber von 7,9 Millionen Franken im Jahr 2016 auf noch zwei Millionen im 2019. Als weitere Abfederung kann die Verbesserung der bestehenden Lastenabgeltung für Bildung betrachtet werden. Dies wird die mit dem neuen System verbundenen Einbussen aber nicht wettmachen.

Gestrichen werden sodann die bisherigen Sonderlastenabgeltungen, in deren Genuss durchschnittlich 76 Gemeinden gekommen sind und die dadurch ihren Zweck nicht erfüllt haben. Die dafür aufgewendeten 4,54 Millionen Franken sollen für die Lastenabgeltung Bildung verwendet werden. Grundsätzlich wird im neuen System für die Abgeltung aller Lasten – etwa Bildung und Sozialhilfe – ein Plafond von 22,68 Millionen Franken festgesetzt.

Der zweite Hauptpunkt der Vorlage ist die Senkung der Grenzabschöpfung bei den Gebergemeinden von heute 80

auf neu 60 Prozent. Von jedem Franken, den eine Gebergemeinde oberhalb des Ausgleichsniveaus einnimmt, muss sie nicht mehr 80, sondern nur noch 60 Rappen abliefern. Und der maximale Abschöpfungssatz für die finanzkräftigsten Gemeinden soll auf 15 Prozent der Steuerkraft begrenzt werden.

#### Gegenvorschlag zu Initiative

Zu Diskussionen in der Kommission hatte offenbar nur die Frage geführt, ob der Gesamtbetrag für die Lastenabgeltung in der Höhe von 22,68 Millionen Franken nicht periodisch überprüft werden müsste.

Die Vorlage ist der regierungsrätliche Gegenvorschlag zur Gemeindeinitiative «Änderung Finanzausgleich» aus dem Jahr 2011. Die Initiative von zehn Gebergemeinden war ihrerseits eine Reaktion auf die vom Reinacher Gemeindepräsidenten Urs Hintermann als «Fehlkonstruktion» bezeichnete Revision von 2010. Diese hatte zu einer unvorhergesehenen Erhöhung des Umverteilungsvolumens geführt. Die Initiative verlangt aber eine ersatzlose Streichung der Zusatzbeiträge.

# Besser Firmen anlocken

Standortförderung soll direkt Regierungssache werden

Von Daniel Wahl

**Liestal.** Immer wieder ist die Standortvermarktung des Kantons Baselland in Kritik geraten. Zuletzt nach der verpassten Chance, die Firma Biogen in Salina Raurica anzusiedeln. Nun will Volkswirtschaftsdirektor Thomas Weber die Standortförderung neu aufstellen und eng an sich binden.

Schon im vergangenen Jahr kündigte Weber an, seine Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) neu aufzustellen. Dann wäre die Standortförderung beziehungsweise die von Nationalrat Thomas de Courten (SVP) geführte Wirtschaftsförderung im neuen «Amt für Volkswirtschaft» integriert worden – zusammen mit dem Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (Kiga).

Nach der Kritik, dass so die Standortförderung in diesem neuen Amt unter «ferner liefen» fungieren würde, wurde zunächst erörtert, das Amt in «Volkswirtschaft und Standortförderung» umzubenennen. Man wollte zum Ausdruck bringen, dass man einen besonderen Fokus auf die Pflege und das Gedeihen der Wirtschaft lege.

#### Auf Ebene Generalsekretariat

Das schien nun Thomas Weber zu wenig. Neu will er die Standortförderung zur Stabsstelle machen. Im Organigramm erscheint die Abteilung auf Ebene des Generalsekretariats. Begründet wird dieses Vorhaben damit, dass Hierarchiestufen wegfallen würden und ein direkter Zugang zur Regierung bestehe. Die hohe Ansiedlung der Standortförderung habe eine starke Aussenwirkung. Während das Kiga in einem Amt für Volkswirtschaft eher regulierende Ausstrahlung habe, soll bei der Standortförderung ein «ermöglichender Charakter» zum Ausdruck kommen.

Personelle und finanzielle Konsequenzen seien durch die Umstrukturierung keine zu erwarten, hält die VGD fest. Die Zahl der Mitarbeitenden bei der Standortförderung werde bei sieben neuen Vollzeitstellen liegen. Es sei ferner vorgesehen, die beiden verbleibenden für die Wirtschafts- und Standortförderung tätigen Mitarbeiter zu übernehmen wie auch die Teammitglieder des Projekts Wirtschaftsoffensive für Welcome Desk und Arealentwicklung. Sie waren bisher lediglich befristet beim Kanton angestellt.

# Mehr Militär an die Grenze

Landrat fordert Unterstützung

**Liestal.** Der SVP-Nationalratskandidat Patrick Schäfli fordert die Unterstützung der Grenzwaache durch die Armee. Als «Testvorlage» solle die Übung «Conex15», dienen, die am 15. September startet. Das Militär wird dann Einsätze zugunsten ziviler Behörden trainieren. Falls diese Übung erfolgreich sei, will Schäfli, dass das Grenzwaachkorps künftig permanent durch die Armee unterstützt werde, mindestens so lange, bis ausreichend Grenzwaacher an den Schweizer Grenzen stehen.

Trotz der mehrfach geäusserten Forderung im Landrat, den Bestand auch in der Nordwestschweiz aufzustocken, habe das Departement von Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf bisher keine wirksame Aufstockung der Grenzwaache bewilligt. Die Grenzwaache habe an der Grenze in den letzten Monaten gegen 10 000 Personen aufgegriffen, welche sich ohne Aufenthaltsbewilligung illegal in unserem Land aufhalten, schreibt Schäfli.

# «Sans-Papiers-Landräte» überfordern digitale Welt

Auf dem Weg zum papierlosen Landrat muss die Landeskanzlei zurückbuchstabieren

Von Daniel Wahl

**Liestal.** Eine papierlose Welt ist der Traum der Bürolisten schlechthin. Und eine Vision der Landeskanzlei. Immerhin hatten in der vergangenen Legislatur von 90 Landräten rund ein Drittel auf Papier verzichtet; «nur» noch 59 Landräte liessen sich die Berichte und Vorstösse per Post zustellen; der Kanton Baselland konnte letztlich auch ein kleineres Kopiergerät leasen und so jährlich 40 000 Franken einsparen.

Diesen Sommer wollte die Landeskanzlei noch stärker in die papierlose Welt vorstossen: Sie hat der Geschäftsleitung des Landrats vorgeschlagen, die Dokumente des Kantons, einfach alles was Verwaltung und Politik produzieren, den Parlamentariern nur noch elektronisch zur Verfügung zu stellen. Man baute Sicherheitszugänge ähnlich jenen von Banken fürs Online-Banking, damit auch alle streng vertraulichen Kommissionsberichte nicht von falschen Adressaten oder von Datendieben heruntergeladen werden können. Schlagartig hat

die Zahl der «Sans-Papiers-Landräte» zugenommen. Nach aktuellem Stand sind es rund 60. Zugenommen haben aber auch die Reklamationen der Landräte, die Probleme mit den elektronischen Akten haben.

Mit dem Brief vom Montag buchstabiert die Landeskanzlei zurück und «passt den Lieferumfang an Papierunterlagen» an. Landräte erhalten Dokumente auf Wunsch wieder per Post. Trockener hält die Kanzlei zur Digitalisierung fest: «Nun scheint es aber, dass dies nicht gelungen ist.» Für mehrere Mitglieder des Landrats sei der Beschluss der Geschäftsleitung zu plötzlich gekommen. «Zu schnell umgesetzt», führt der zweite Landschreiber Nic Kaufmann aus, «weil gleich nach den Sommerferien mit elektronischen Akten gearbeitet werden musste und den Mitgliedern des Landrates kaum Zeit blieb für die Umstellung.»

Einer von ihnen ist SVP-Landrat Hanspeter Weibel. Ihm war es beispielsweise nicht möglich, Notizen auf den vertraulichen, elektronischen Doku-

menten anzubringen und sie vernünftig zu verwalten. Von der Landeskanzlei wurde ihm zunächst geraten, eine App zu installieren, dann einen neuen Browser, und schliesslich riet man ihm, neue Hardware anzuschaffen. Abgesehen davon sind auch die Sicherheitsbestimmungen unklar – etwa wie mit vertraulichen Dokumenten auf Endnutzergaräten wie Tablets umgegangen werden soll. «Der Aufwand ist grösser geworden, die Lösung nicht praxistauglich und die Kosten werden auf die Landräte überwälzt», stellt Weibel fest.

Nun hat die Landeskanzlei eine Service-Stelle eingerichtet: Man legt die Unterlagen im Vorzimmer des Landrats ausgedruckt auf und stellt sie im Internet zur Verfügung. Zudem stünden IT-Fachleute beratend zur Seite, um über die Arbeit mit den elektronischen Unterlagen informieren zu können. Übrigens: In anderen Kantonen wie Freiburg, St. Gallen oder Solothurn erhalten «Sans-Papiers-Landräte» einen «Infrastrukturbeitrag» für Tintenpatronen und elektronische Geräte.